

Russische Trolle und faule Hellenen Desinformation und Propaganda in aktuellen Krisen

Outi Arajärvi

„Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer“, soll schon der antike griechische Tragödiendichter Aischylos geschrieben haben. Eigentlich stirbt aber die Wahrheit, beziehungsweise die Suche nach der Wahrheit, schon lange vor dem Krieg.

Alle Arten von Meinungsmache, Desinformation, einseitiger Berichterstattung, Propaganda und ja, natürlich auch Lügen, gehören zum Anheizen von Konflikten, zum Kampf um die Meinungshoheit und zur Vorbereitung von Kriegen. Wenn es nicht so tragisch und auch gefährlich wäre, könnte man die Propagandaoffensiven in den aktuellen Krisen sowohl in der Ukraine als auch in der Griechenland-EU-Krise als Lehrstücke für Konflikteskalation sehen.

Zur Ukrainekrise gab es in Deutschland viel Meinungsmache und auch einseitige Berichterstattung zugunsten der ukrainischen Seite, dennoch haben vor allem die Interessen wichtiger deutscher Wirtschaftskreise bewirkt, dass auch russlandfreundliche Sichtweisen veröffentlicht wurden. Dagegen ist es weitgehend unumstritten, dass die Gleichschaltung der Medien in Russland unvergleichlich ist. Kritische JournalistInnen aus Russland berichteten von Anfang an von einer gleichgeschalteten, mit viel Geld ausgestatteten Maschinerie, die unablässig Berichte unabhängig vom eigentlichen Geschehen produzierten. Neu ist der Vorwurf, dass es auch sogenannte Trollfabriken in Russland gibt, die im Internet alle Ukraine- oder Russland-Politik behandelnden Diskussionsforen mit organisierter Meinungsmache und virtuellem Hass überziehen. Trolle sind im Netzjargon NutzerInnen, die nerven, beleidigen und provozieren, ohne eine konstruktive

Diskussion zu ermöglichen. Zunehmend haben aktive BloggerInnen beobachtet, dass sie offensichtlich Ziel von geplantem politischem Mobbing sind.

Welche Wirkung diese Art von Propagandakrieg für die NetznutzerInnen hat, beschreibt ein finnischer Friedensaktivist und Blogger, Janne Riiheläinen, in einem Interview: Es sei immer schwieriger geworden, eine echte Diskussion zu führen, zahlreiche Kommentare würden Verschwörungstheorien oder Lügen verbreiten, die man kaum entkräften könne, weil die Gegenargumente nicht beachtet werden, stattdessen werde der Blogger selbst beleidigt oder gedemütigt. Durch Verunsicherung, Vernebelung und Hervorbringen immer neuer Argumentationslinien werde es immer unklarer, worum es geht, was wahr ist, wem man noch glauben kann und ob man nicht vielleicht doch selbst bis jetzt falscher Information ausgesetzt war. Viele NutzerInnen trauen sich nicht mehr, auf solchen Foren ihre Meinung zu sagen, weil sie nicht Ziel von Beleidigungen und Hass werden wollen, und verlassen das Forum. Damit haben die Trolle ihr Ziel erreicht. Ein Austausch von Meinungen findet nicht mehr statt.

Janne ist auch selbst Ziel des Propagandakrieges geworden, nachdem er in einer kleinen Internetdemonstration auf der Twitterseite der Russischen Botschaft in Finnland zusammen mit 15 anderen mit dem Hashtag „#rauhaakiitos“ (= bitte Frieden) getwittert hatte. Als Reaktion ist sein Hashtag (= Stichwort für bestimmte Themen) von der Russischen Botschaft übernommen

Fortsetzung auf Seite 2



Seit dem 18. August wird die Ausstellung „Wirksam ohne Waffen“ vom Eine-Welt-Zentrum in Minden gezeigt. Geschäftsführerin Christine Schweitzer erläuterte die Tafeln bei der Eröffnung. Mit dabei: die beiden neuen PraktikantInnen im BSV, David Kasprowski und Lara Bohne. Foto: BSV



Belarus: Eine verbotene Gruppe joggt im Park. Karikatur: Nasch Dom



Vier Jungen in Syrien. Syrische Frauen setzen sich dafür ein, dass Kinder diese „Spielzeuge“ abgeben. Foto: Christiaan Triebert (Flickr)

Diesmal

Gewaltfreiheit in Syrien
Gewaltfreie Aktion in der Altmark
Nonviolent Peaceforce
Bundeshaushalt 2016
Neues aus Belarus
Fachgespräch 2015 u.a.m.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sommerzeit, Sommerloch? Griechenland, Flucht und Migration, die Terroranschläge des IS in der Türkei und Tunesien und die eine oder andere Naturkatastrophe – wenn man die vom Klimawandel verursachten Katastrophen überhaupt noch als „Natur“-Katastrophen ansprechen sollte – lieferten dieses Jahr den Medien ausreichend neuen Stoff. Die Aufmerksamkeits-Zeitspanne ist dabei kurz – der weiter schwelende Konflikt in der Ukraine, die Konfrontation von NATO und Russland und der Bürgerkrieg in Syrien sind für den Moment Nachrichten von gestern.

Eine Plakatserie von Caritas und Diakonie titelte diesen Sommer: „Die größte Katastrophe ist das Vergessen“. Das gilt nicht nur für humanitäre Hilfe, sondern auch und gerade für Friedensarbeit. Wir versuchen in diesem Rundbrief, einen Beitrag gegen das Vergessen zu leisten, indem wir von Friedensarbeit in verschiedenen Regionen der Welt berichten - von Deutschland bis zu den Philippinen, von Belarus bis Syrien.

Wir wünschen eine angeregte Lektüre!



Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Fortsetzung von Seite 1

und für eigene Meldungen benutzt worden; sie haben quasi das Hashtag gekapert, um es für eigene Zwecke zu nutzen.

Und die deutschen Medien?

Man kann auch hierzulande leicht das Vertrauen in die Medien verlieren, wenn man nur die Propaganda der deutschen Medien während der aktuellen Griechenland-EU-Krise verfolgt. Besondere Zielscheibe war und ist die neue linksgerichtete Syriza-Regierung, gegen die mit Kritik, Häme und Spott nicht gespart wurde. Die Hetzkampagne blieb nicht nur auf die Bildzeitung und andere Boulevardmedien beschränkt, sondern erschreckend war zu beobachten, dass während der heißen Verhandlungsphase keine Gegenpositionen in den öffentlich-rechtlichen Medien zur Sprache kamen. Die Berichterstattung vor allem aus Brüssel war nicht nur einseitig, sondern zeigte manchmal sogar mehr Härte in den Forderungen als die deutsche Regierungmeinung.

MedienwissenschaftlerInnen haben sich Ende Juli zu einer Fachtagung „Wie einäugig ist die deutsche Medienberichterstattung zu Griechenland?“ in der Uni Dortmund getroffen. Übereinstimmend kamen die WissenschaftlerInnen zu dem Ergebnis, dass z.B. in den Talkshows die ModeratorInnen parteilich statt objektiv berichteten und sich nicht

um Vermittlung und Lösungen bemühten. Das Fernsehpublikum erhalte keine ausreichenden Informationen und sei daher in seiner Meinungsbildung eingeschränkt. Konflikte werden eher verschärft und nicht beigelegt, wenn man die Gegenseite herabwürdigt, wie z.B. die dauernde Abstempelung der griechischen Regierung als Schuljungen, die die Hausaufgaben nicht erledigt haben. Dabei wurde auch die aus der Konflikteskalation bekannte Unterteilung in „wir“ und „sie“ gemacht: So titelte z.B. Bild.de am 20.06.2011: „Und DIE wollen UNSER Geld?“ (<https://propagandaschau.wordpress.com>)

Uns allen bleibt wohl nichts anderes als der mühsame Versuch, Tatsachen von Lügen zu unterscheiden, nach verschiedenen Nachrichtenquellen zu suchen und stets zu fragen, ob es nicht auch andere Standpunkte und Wahrheiten gibt. Fatalerweise ähnelt die Weltlage eher dem Bild von der wahnsinnigen Theatervorführung zur Schwarzen Magie von Michael Bulgakow in „Meister und Margarita“: „*Nein, entschuldigen Sie! Die Entlarvung ist unbedingt notwendig. Ohne sie würden Ihre glänzenden Nummern einen fatalen Eindruck hinterlassen. Die Zuschauermasse verlangt eine Erklärung.*“ „Die Zuschauermasse“, unterbrach ihn der freche Ulkmacher, „hat, glaube ich, gar keinen solchen Wunsch geäußert.“

Outi Arajärvi ist Co-Vorsitzende des BSV. Sie lebt in Göttingen.

Erinnerung: Print-Rundbrief

Unser Print-Rundbrief, der viermal im Jahr erscheint, kann auch elektronisch als PDF abonniert werden. Eine E-Mail an uns genügt, und Sie bekommen ihn in Zukunft auf Ihren Bildschirm anstatt in den Briefkasten.

Neues Hintergrund- und Diskussionspapier: Zivile Konfliktbearbeitung auf dem Prüfstand

Auf der Tagung „Zivile Konfliktbearbeitung auf dem Prüfstand“, die der BSV vom 20. bis 22. März 2015 in Heidelberg abgehalten hat, ging es darum, was wir in 25 Jahren gelernt haben, welche erfolgversprechenden Ansätze der Zivilen Konfliktbearbeitung es gibt und welche sich weniger bewährt haben.

Jetzt ist die Dokumentation der Tagung als Hintergrund- und Diskussionspapier erschienen (Nr. 43, 3,50 Euro).

Es kann in unserem Shop als Papier bestellt oder als PDF kostenfrei heruntergeladen werden.

Das nennt man Mut

Frauen gegen den IS

Kristin Williams

Terror, Gefahr, Angst, Hilflosigkeit. Das sind Assoziationen, die sofort ins Gedächtnis gerufen werden, wenn man an Syrien denkt. Aber schon im letzten Rundbrief hatten wir von erstaunlichen und mutigen Aktionen des Protestes gegen den sogenannten *Islamischen Staat (IS)* berichtet. Kristin Williams vom „Institute for Inclusive Security“ weiß von vielen weiteren Beispielen, wo Frauen gewaltfreie Proteste durchführten, für die Freilassung von Gefangenen des IS sorgten, die Wiedereröffnung von Schulen organisierten und vieles mehr. Hier folgen drei Beispiele; der vollständige Text kann auf unserer Website nachgelesen werden.

Schulen wieder öffnen

In vom IS kontrollierten Gebieten ist die Eröffnung einer Schule eine der riskantesten Bestrebungen, denen ein Mensch nachgehen kann. Denn die Abschaffung der Bildung bzw. von Bildungsstätten ist eine der ersten Aktionen, die die ExtremistInnen in neu eroberten Gebieten vornehmen. Ungeachtet dieser Gefahr hat eine Gruppe von Frauen die Eröffnung zweier Privatschulen ausgehandelt. Sie sind einfach in das Büro des lokalen Verantwortlichen marschiert und haben ihn davon überzeugen können, dass die Heiligen Schriften des Islam Bildung befürworten.

Die Schule kann nur zwei Stunden täglich geöffnet werden, da die Elektrizitätsversorgung den Rest des Tages nicht funktioniert. Trotzdem haben sie hunderte Kinder eingeschult, denen Bildung in den vergangenen 12 Monaten versagt worden war. Bislang hat der IS sie gewähren lassen.

Jugendliche entwaffnen

In einer Stadt nahe Idlib im Nordwesten des Landes haben sich viele Kinder zwischen 13 und 18 Jahren in dem Versuch, ihre Väter nachzuahmen, eine Waffe beschafft. Aber die Verbreitung von Waffen führt dazu, dass harmlose



Jugendliche auf der Straße.

Foto: Mel Duncan / Nonviolent Peaceforce

Streitereien zwischen Schuljungen sich schnell zu gefährlichen Straßenkämpfen entwickeln. Darüber hinaus gibt es in der Gegend viele Milizen, die versuchen, Jugendliche für den Kampf an der Front zu rekrutieren.

Eine Gruppe von Frauen forderte den lokalen Gemeinderat auf, etwas gegen diesen gefährlichen Trend zu unternehmen. Unter anderem haben sie von den Behörden verlangt, ein Gesetz zu verabschieden, dass Kindern unter 18 Jahren das Tragen von Waffen untersagt und Händlern verbietet, Waffen an sie zu verkaufen. Der Gemeinderat hat schon vor Monaten versprochen, die Gesetzgebung in die Wege zu leiten, aber die syrischen Frauen werden so lange Druck machen, bis das Gesetz verabschiedet ist.

Für Sicherheit sorgen

Die kurdischen Peschmerga-Kämpferinnen sind bekannt, die in Syrien und dem Irak gegen die Terroristen des IS vorgehen. Die weiblichen Peschmergas sind aber nicht die einzigen Frauen, die in der Region für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit sorgen.

Vor zwei Jahren haben sich 20 von ihnen zu einer ausschließlich aus Frauen bestehenden Polizei-Brigade zusam-

mengeschlossen. Zunächst von der Gemeinde gemieden und ausgeschlossen, haben sie mittlerweile das Vertrauen und den Respekt der Bevölkerung gewonnen und sogar eine eigene Polizeistation aufbauen können.

Das weibliche Sicherheitspersonal hat sich vor allem im Umgang mit weiblichen Opfern bewährt, die eine Gewalttat nun viel öfter zur Anzeige bringen. Dies trifft insbesondere auf Opfer sexueller Gewalt zu. Ein weiterer Vorteil der Frauen-Brigade ist, dass sie - anders als ihre männlichen Kollegen - Zutritt zu konservativen Haushalten bekommen, auch wenn dort nur Frauen anwesend sind. Dadurch kann sichergestellt werden, dass die Familien die nötige Hilfe bekommen.

Kristin Williams, die Autorin dieser Beispiele, ist Programmreferentin des Institute for Inclusive Society. Das in Washington und Cambridge (USA) ansässige Institut arbeitet in Pakistan, Afghanistan, Südsudan, Sudan und Syrien. Es wurde gegründet von Botschafterin Swanee Hunt, die von 1993 bis 1997 US-Botschafterin in Österreich war. Die Beispiele wurden von Kathrin Roosens ins Deutsche übertragen. Quelle: <http://www.inclusivesecurity.org/10-more-ways-syrian-women-are-building-peace-and-democracy/>. Die Beispiele von 2014 sind hier zu finden: <http://www.inclusivesecurity.org/10-ways-syrian-women-building-peace-democracy/> Herausgabe in deutscher Sprache: Bund für Soziale Verteidigung e.V., http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/international/Frauen_in_Syrien-KWilliams.pdf

Zu Fuß nach Schnöggersburg - der Bundeswehrtechnik zum Trotz

Berthold Keunecke

Eine Geisterstadt soll im Sand der Colbitz-Letzlinger Heide entstehen – um SoldatInnen, deutschen und ausländischen, das Trainieren von Krieg in Städten zu ermöglichen, mit ausgefeilter Laser-Technik, die Gebäudebeschädigungen vermeidet. Schnöggersburg wird mitten auf dem 30 km langen Truppenübungsplatz gebaut. Dagegen wird seit längerem protestiert; schon im vierten Jahr gab es jetzt in der Nähe des Truppenübungsplatzes in der Altmark ein Protestcamp unter dem Motto „War Starts Here“. In diesem Jahr hatte sich vor allem die örtliche Bürgerinitiative „Offene Heide“ dafür stark gemacht.

Der 1. August war der Aktionstag des diesjährigen Camps. Verschiedene Gruppen hatten sich gefunden, um auf dem Gelände zu protestieren, obwohl die Bundeswehr das inzwischen mit der Androhung von Bußgeldern in Höhe von 400,- Euro und mehr zu verhindern sucht. In einer Gruppe von sieben Personen aus drei Generationen haben wir uns für den Versuch entschieden, auf das Baustellengelände von Schnöggersburg vorzudringen. Dabei waren wir uns bewusst, dass wir dazu den Bauzaun überwinden müssten und damit ein Strafverfahren wegen Hausfriedensbruch riskierten. Ein solches Verfahren hat für uns den Vorteil, die Legitimität des Häuserkampftrainings vor Gericht in mehreren Instanzen in Frage stellen zu können.

Weil die Bundeswehr uns am Aktionstag sicher erwartete, machten wir uns schon mit Einbruch der Dunkelheit auf den Weg. Der Norden des Truppenübungsplatzes ist bewaldet, so dass wir dort unsere Nachtwanderung beginnen konnten. Der Vollmond beschien die Vegetation, die sich dann zu einer Parklandschaft öffnete, mit silbrigem Glanz. Das Knirschen von Sand oder Steinen unter unseren Schuhen war fast das einzige Geräusch, das wir hörten. Nur selten quakte ein Frosch oder meldete sich ein Nachtvogel – deshalb

konnten wir auch gut hören, wenn sich ein Motorengeräusch näherte. Als ein Hubschrauber kam – oder war es eine Drohne, wir konnten es nicht sehen – verteilten wir uns unter den Bäumen und warteten still. Das Nachtsichtgerät an Bord hat uns offensichtlich nicht wahrnehmen können. Auch wenn wir Bundeswehrfahrzeuge hörten, legten wir eine Pause ein.

Nachdem wir auf einem Umweg über zehn Kilometer gewandert waren, wurden die Motoren immer mehr. Die Wagen fuhren offensichtlich Patrouille, hielten zwischendurch, wir hörten das Klappen von Türen. Als wir in einer Stillepause weitergingen, sahen wir den Grund: Vor uns stand der Bauzaun von Schnöggersburg, eine einfache Drahtkonstruktion. Im Schutz von einigen Büschen gruben wir den Sand unter dem Zaun weg, sodass wir darunter hindurch kriechen konnten.

Hinter dem Fahrweg, der dem Zaun folgte, begann zunächst wieder unwegsames Gelände. Büsche und kleine Hügel gaben uns Sichtschutz – dabei wäre jetzt eine Entdeckung gar nicht mehr so schlimm gewesen, da wir unser Ziel ja erreicht hatten. Das Interesse an der Baustelle ließ uns aber in unserem Versteck die weiteren Fahrzeuge abwarten. Dann kamen wir an eine Straßenbaustelle: Auf einer Teerstraße war noch eine über eine Handspanne dicke Betonschicht aufgebracht – die Straße soll offensichtlich schwere Panzer aushalten. Sie war noch im Bau, leitete uns aber weiter in die Baustelle hinein. An einem hell erleuchteten Platz standen Baufahrzeuge, Militärjeeps warteten, Türen klappten. Wir gingen weiter und kamen zur Baustelle eines Straßenkreuzes. Hier standen schon fertige Häuser, Ein- und Mehrfamilienhäuser. Da eines von einer Straßenlaterne gut beleuchtet war, wählten wir es aus, um es zu besetzen. Die Metalltür war offen, Lichtleitungen schon gelegt, und anscheinend wurde es auch beheizt. Wir

konnten im Treppenhaus unsere Besetzung dokumentieren. Draußen hingen wir dann unsere Protestplakate in die Fenster, und machten noch einmal dokumentarische Bilder.

Auf dem Rückweg, als gerade die Sonne am Horizont erscheinen wollte und es schon recht hell war, wurden wir von Feldjägern entdeckt. Wir ließen uns von ihnen zum Ausgang des Truppenübungsplatzes begleiten und gaben der dort eingetroffenen Polizei unsere Personalien an. Wir haben uns gefreut, so weit gekommen zu sein: Einer Gruppe von FußgängerInnen, nur mit ihren natürlichen Sinnen ausgerüstet, kann die Bundeswehr wohl wenig entgegensetzen. All die Technik bringt wenig Sicherheit.

Mein Fazit: Ganz abgesehen von der gefährlichen Illusion, Kriegsführung in Städten sei irgendwie sinnvoll und nötig und zu üben: All das Geld der Bundeswehr, das dort in der Altmark investiert wird, ist in den Sand gesetzt.

Berthold Keunecke ist evangelischer Gemeindepfarrer in Herford und ehemaliger Co-Vorsitzender des BSV.



Foto: Website des Camps „War Starts Here“, <http://www.war-starts-here-camp-2015.org/>

Voneinander lernen

Neuigkeiten von Nonviolent Peaceforce

Outi Arajärvi

Mitglieder eines zivilgesellschaftlichen Netzwerks aus Myanmar (Burma), die in Myanmar den dortigen Waffenstillstand überwachten, besuchten kürzlich Nonviolent Peaceforce (NP) auf Mindanao/Philippinen.

„Ich habe wirklich viel gelernt während des Besuchs und ich bin sehr beeindruckt, was NP in Mindanao erreicht hat. Wir wollen jetzt zurück in unsere Heimat und die Erkenntnisse analysieren, wie wir es in unserem Kontext am besten nutzen können. Wir wollen damit die Beteiligung unserer Leute am Friedensprozess erhöhen.“ Das sagte ein Waffenstillstand-Beobachter aus Myanmar am Ende eines einwöchigen Besuchs bei NP Mindanao im Mai 2015.

Während des Besuchs lernten die Mitglieder des Netzwerkes *Civilian Ceasefire Mechanism* aus Mon State/Myanmar das zivile Frühwarnsystem in Mindanao/Philippinen kennen, das NP zusammen mit Partnerorganisationen aufgebaut hat. Dieses Frühwarnsystem ist Teil des offiziellen internationalen Monitoring des Waffenstillstands zwischen der Regierung und der aufständischen *Moro Islamic Liberation Front (MILF)* auf Mindanao. Es ist sehr breitflächig tätig und hat zum Gelingen des „Umfassenden Friedensabkommens“ von 2014 beigetragen. NP wollte das gegenseitige Lernen unterstützen und hat die Reise der AktivistInnen aus Myanmar organisiert.

Das Netzwerk in Mon State wurde 2014 von der Stiftung Shalom aus Myanmar mit Hilfe von NP gegründet. NP ist seit 2012 in Myanmar tätig, um dort den Prozess der landesweiten Waffenstillstandsverhandlungen zu begleiten. Die Regierung von Myanmar verhandelt mit mehreren bewaffneten ethnischen Gruppen, um den jahrzehntelangen Konflikt mit Tausenden von Toten und Millionen von Flüchtlingen zu beenden. Der Mon-State-Waffenstillstand wurde zwischen der Regierung von Myanmar und der New Mon State Party



Treffen mit Vertretern der philippinischen Armee.

Foto: NP

2012 verabschiedet; das Netzwerk will dessen Einhaltung beobachten und den Schutz der Zivilbevölkerung erhöhen.

Auch wenn der Kontext in Mindanao und Myanmar natürlich unterschiedlich ist, konnten Parallelen festgestellt werden:

„Die Situation vor Jahren in Mindanao war sehr ähnlich dem jetzigen Zustand in Myanmar. Die bewaffneten Gruppen waren auch dort nicht besonders bereit, die Belange der Zivilbevölkerung zu berücksichtigen, und es herrschte ein sehr großes Misstrauen zwischen der Regierung und der MILF“, sagte Ashiesh Pandey, ein NP-Mitarbeiter in Myanmar, der früher für NP in Mindanao gearbeitet hat.

Der Aufbau von nachhaltigem Frieden dauert lange. Gerade während der Verhandlungen für Friedensabkommen können neue Feindseligkeiten leicht entstehen; in dieser Hinsicht ist die Situation in beiden Ländern gleich. In Myanmar ist die Situation in vielen Regionen unsicher und es kommt immer wieder zu bewaffneten Auseinander-

setzungen. Daher war es für die BesucherInnen sehr interessant, mit den VertreterInnen der Regierung, der MILF, der philippinischen Armee und natürlich mit den lokalen Monitoringteams und lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft zu sprechen und von ihren Erfahrungen über den langen Weg zum Frieden zu hören.

Die VertreterInnen der philippinischen Seite waren sich alle einig in ihrem Rat: Sie unterstrichen, dass die BeobachterInnen vor allem Beziehungen zu allen Seiten des Konflikts aufbauen müssen, obwohl das am Anfang schwierig sein kann. Es sei wichtig, um die Beobachtung später zu unterstützen. Die Beobachtungsteams sollten sehr transparent in ihrer Arbeit sein und die Integrität des Netzwerkes sicherstellen. Das sei die Voraussetzung für die Sicherheit der Arbeit. Auch sollte das Netzwerk frühzeitig möglichst viele Gruppen integrieren, damit die Bevölkerung den Prozess als ihren eigenen ansieht.

Outi Arajärvi ist Co-Vorsitzende des BSV und im Vorstand von Nonviolent Peaceforce.

Haushalt 2016: Erfolgreich gejammer

Marek Voigt

Steigende Mittel für die „zivilen“ Ressorts Auswärtiges Amt (AA) und Entwicklungsministerium (BMZ) können nicht darüber hinwegtäuschen: Die Bundesregierung definiert internationale Verantwortung doch wieder vorrangig militärisch.

Die erste Sitzungswoche des Bundestags nach der Sommerpause ist traditionell Haushaltswoche. Die Abgeordneten beraten in 1. Lesung darüber, wie viel die öffentliche Hand im nächsten Kalenderjahr für die verschiedenen Politikbereiche ausgeben will. Der Haushalt wird nach ausgiebigen Beratungen vom Parlament beschlossen, aber der Regierungsentwurf ist bereits eine wichtige Vorentscheidung.

Der Vorschlag der Regierung aus Union und SPD sieht in diesem Jahr eine deutliche Erhöhung der Etats von AA und BMZ vor. Dem AA stehen 2016 voraussichtlich 650 Millionen Euro mehr zur Verfügung, dem BMZ knapp 900 Millionen Euro. Eigentlich eine gute Nachricht, wenn die beiden Ministerien, die für das Zivile in der Außenpolitik der Bundesrepublik stehen, besser ausgestattet werden. Doch gleichzeitig wird auch der Verteidigungshaushalt erhöht, um 1,4 Milliarden. Hier schlägt sich das medial inszenierte Gejammer über die angeblich praktisch einsatzunfähige Bundeswehr nun auch im Haushalt nieder. Die Bundeswehr darf im nächsten Jahr fast 600 Millionen Euro mehr für die Anschaffung von neuem Kriegsgeschütz wie Eurofighter, Transportflugzeug A400M und Schützenpanzer Puma ausgeben, insgesamt fast 4,7 Milliarden, mehr als das ganze Auswärtige Amt zur Verfügung hat. Damit werden die Aufrüstungsentscheidungen, die im letzten Jahr getroffen wurden, nun auch finanziell abgesichert. Und das sind nur die Erhöhungen für 2016; bis 2019 soll der Verteidigungshaushalt um weitere 800 Millionen steigen, während der Entwicklungshaushalt stagniert und das AA gegenüber 2016 sogar 300 Millionen verliert, wobei der Topf für frie-

denserhaltende Maßnahmen stagniert. Insgesamt sollen 2016 über 34 Milliarden für Verteidigungspolitik ausgegeben werden, für Entwicklungspolitik 6,5 Milliarden und für Außenpolitik 3,7 Milliarden.

Die Mittel für den Zivilen Friedensdienst, die im Haushalt des BMZ angesiedelt sind, werden in diesem Jahr in kleinen Schritten um drei Millionen auf 42 Millionen Euro erhöht. Der Bedarf liegt aber weit höher. Das Konsortium ZFD, der Zusammenschluss der Trägerorganisationen, legt jedes Jahr durchgeplante und direkt durchführbare Projekte in Höhe von 50 bis 60 Millionen Euro vor.

Im Gegensatz zu den Ankündigungen der Bundesregierung ist dieser Bundeshaushalt der Einstieg in eine massive Aufrüstung, mit der die Bundesregierung versucht, das von der NATO geforderte 2-Prozent-Ziel (2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen für Militärausgaben bereitgestellt werden) zu erreichen. Fast schon vergessen scheint das von den UN vorgegebene 0,7-Prozent-Ziel (0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens sollen für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden). Der Haushaltsentwurf bestätigt somit die Kritik aus der Friedensbewegung an der Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik, die sich vor allem an dem Schlagwort von der gestiegenen Verantwortung Deutschlands festmacht. Diese Verantwortung wird vorrangig militärisch interpretiert. Zivile Instrumente spielen dabei vor allem eine flankierende Rolle.

Zudem bleibt abzuwarten, ob die Mittelerrhöhung für AA und BMZ überhaupt für zivilere Politik benutzt wird oder ob nicht da schon die Einbindung von AA und BMZ in zivil-militärische Zusammenarbeit unter immer neuen Schlagworten wie „Kohärenz“, „ressortgemeinsamer Ansatz“, „vernetzter Ansatz“ usw. angelegt ist. Vor allem die Perspektive bis 2019 lässt den Verdacht



Ein weiteres Kuh-Graffiti von „John“ alias „The Kuhl Kid“ aus Minden. Sie überraschen einen immer wieder, wenn sie auf einem Plakat als SPD-Kandidat im Bürgermeister-Wahlkampf auftauchen oder - wie hier - ihren Kopf auf dem Huf halten und um die Ecke sehen...

aufkommen, dass die diesjährige Erhöhung auch dazu dienen soll, die Kritik an der langfristig geplanten Aufrüstung abzufedern. Die Aufrüstungsschritte der nächsten Jahre sind dann ja schon keine Neuigkeit mehr.

Marek Voigt war Projektreferent beim BSV und ist Mitarbeiter von Kathrin Vogler (MdB Die Linke) und Mitglied in der Redaktion von Wissenschaft und Frieden.

Treffen der BSV-AG „Gender und Frieden“

Vom 16.10. bis 17.10.2015 trifft sich die BSV-AG „Gender und Frieden“ in Altenburg (Rheinland-Pfalz). Interessierte sind herzlich zur Teilnahme eingeladen, schreiben Sie uns einfach eine Mail an gender-frieden@soziale-verteidigung.de oder wenden sich telefonisch unter 0571 29456 ans BSV-Büro.

Neues aus Belarus

„Sogenannte Abgeordnete“ in die Pflicht nehmen

Sarah Roßa

Ein Abgeordneter sitzt gemütlich in einem Liegestuhl fernab seines Wahlkreises. Diesem Bild entsprechen viele VertreterInnen kommunaler und regionaler Parlamente und Räte in Belarus (Weißrussland). Sie werden de facto nicht demokratisch gewählt, ihr Amt kann aber als Anlass genommen werden, sie zu der Arbeit anzuhalten, zu der sie gesetzlich verpflichtet sind. Wie das trotz Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Gruppierungen funktioniert, zeigt die Initiative Nasch Dom¹, seit 2005 Partner des BSV.

Belarus, was ist das denn? Nach wie vor haben wenige Menschen eine Vorstellung, wo dieses Land liegt und was dort passiert. Belarus ist primär als „Weißrussland“ bekannt, auch wenn diese Bezeichnung sprachgeschichtlich nicht richtig und im Deutschen der Name des Landes „Republik Belarus“ ist. Das Land, dessen Fläche der Rumäniens oder Syriens entspricht, grenzt an die östliche Außengrenze der EU (Polen, Litauen, Lettland), im Süden an die Ukraine und im Osten an Russland. Es liegt damit nicht nur zwischen Russland und der EU, sondern auch in unserer näheren Nachbarschaft. Diejenigen, die sich etwas auskennen, haben Belarus vielleicht als „letzte Diktatur Europas“ im Kopf (auch wenn Russland diesem Titel inzwischen immer stärker Konkurrenz macht): ein autokratisches Land, in dem zivilgesellschaftliche Aktivitäten aufgrund des repressiven Regimes kaum möglich sind.

Kampagnenarbeit trotz Repression

Diesem Eindruck setzt das zivilgesellschaftliche Netzwerk Nasch Dom (russisch für „Unser Haus“) seit über zehn Jahren etwas entgegen. Die Aktivitäten von Nasch Dom unterstützt der BSV durch Prozessbegleitung (z.B. Moderation, Beratung, Trainings) und Projektmanagement (Projektanträge, Controlling, Abrechnung, Berichterstattung). Außerdem berichtet der BSV in regelmäßigen Abständen in seinem Rundbrief, auf seiner Website, im Jah-

resbericht und bald in einem neuen Infoblatt zum Thema.

Nasch Dom verzeichnete in den letzten zehn Jahren diverse Erfolge, z.B. gewonnene Gerichtsprozesse gegen staatliche Strukturen, und konnte immer wieder Dinge wie die Asphaltierung von Straßen, Renovierung von Häusern, die Installation von Beleuchtungen und sogar die Suspendierung eines Polizisten mit beeinflussen.

Seit August 2014 haben der BSV und Nasch Dom, mit Finanzierung des Auswärtigen Amtes durch das Förderprogramm Zivik des Instituts für Auslandsbeziehungen, ein neues Projekt gestartet. Mit bewährten Ansätzen (Flugblättern, Sozialen Medien, E-Newslettern, Unterschriftensammlungen, Petitionen, Beschwerdeschreiben) spricht Nasch Dom eine neue Zielgruppe an: lokale Abgeordnete der Stadtparlamente. Zwar gehen diese nicht aus Wahlen hervor, die im demokratischen Sinne frei und fair sind, dennoch bekommen sie Geld für die Arbeit als „VolksvertreterInnen“ – der sie de facto oft nicht nachkommen. Nasch Dom spricht sie gezielt an, schreibt ihnen, erstellt Rankings über gut arbeitende und schlecht arbeitende Abgeordnete auf der Website www.chinovniki.info und reicht Petitionen mit Unterschriften tausender BürgerInnen ein, damit sie z.B. BürgerInnensprechstunden einrichten oder ihre Ansprechbarkeit per E-Mail verbessern.

Abgeordnete – Ihr werdet beobachtet!

Kürzlich führte Nasch Dom ein Monitoring von 1.500 Abgeordneten durch, bei dem zehn Forderungen der Bevölkerung an ihre Abgeordnete überprüft wurden. Darunter z.B., dass sich Abgeordnete in ihrem „Wahlkreis“ aufhalten sollen, ihre „Wahlprogramme“ veröffentlichen und diese verfolgen, wöchentlich BürgerInnen empfangen, an Parlamentssitzungen teilnehmen, schriftlich den WählerInnen über ihre



„Ich habe kein Licht.“ AktivistInnen platzieren ein Fragezeichen an einer defekten Straßenlaterne.

Foto: Nasch Dom

Arbeit berichten und eine E-Mail-Adresse haben und diese kontrollieren. Zur Transparenz der Ergebnisse hat Nasch Dom eine Online-Landkarte erstellt, in der die Erfüllung der Kriterien des Monitorings ausgewertet werden.²

Jüngste Erfolge

Die Bekanntheit von Nasch Dom steigt, und das, obwohl andere zivilgesellschaftliche Initiativen ins Ausland abwandern, ihre Arbeit aufgeben oder wenig sichtbar arbeiten können. Das unabhängige Forschungsinstitut NISEPI (Englisch: ISEPS)³ zeigt in seiner jüngsten Umfrage, dass 17,5 % der befragten BelarussInnen angeben, Nasch Dom zu kennen und 9% der Befragten sagen, dass sie Material von Nasch Dom erhalten haben (Zeitungen, Newsletter, E-Mails oder Ähnliches). Im Internet gab es allein im Mai und Juni dieses Jahres mehr als 19.500 Klicks auf Videos von Nasch Dom auf YouTube.⁴

„Nasch Dom zwingt lokale Verwaltungen, ihre Haushalte zu veröffentlichen“, berichtet „Belarusskij Partisan“ online.⁵ Anfang des Jahres hatte Nasch Dom sich mit der Forderung, Informationen zu ihrer Arbeit und die Haushalte offen zu legen, an BeamtInnen und Abgeordnete des 21. kommunalen Rates gewendet. Darauf hin wurden auf elf Websites lokaler Verwaltungen städ-

tische und regionale Haushalte veröffentlicht.

Ausblick

Jetzt wird es erst einmal „heiß“ in der belarussischen Politik, denn es stehen am 11. Oktober 2015 Präsidentschaftswahlen an. Auch wenn Nasch Dom keine Partei ist und sich bewusst nicht an Parteipolitik beteiligt, wird seine Arbeit durch die Wahlen beeinflusst: Zum einen ist es in dieser Zeit schwieriger, als zivilgesellschaftliche Organisation sichtbar zu bleiben, da die öffentliche Aufmerksamkeit auf dem Wahlkampf liegt, zum anderen steigen oftmals die

Repressionen gegen zivilgesellschaftliche AkteurlInnen, was wegen des Fokus auf dem Wahlkampf mitunter weniger wahrgenommen wird. Neu ist allerdings, dass Lukaschenko offensichtlich auf die internationale Anerkennung der Wahlen spekuliert und überraschend politische Gefangene freigelassen hat.

Wie auch immer die kommenden Wochen aussehen – Nasch Dom ist hier erfahren und sieht den nächsten Monaten gut vorbereitet und mit der nötigen Vorsicht und Widerständigkeit entgegen.

Sarah Roßa ist Co-Geschäftsführerin des BSV und koordiniert die Projektarbeit des BSV mit Aktiven in Belarus und in der Ukraine. In Kürze wird ein neues vierseitiges Infoblatt zu dem Thema beim BSV erscheinen. Es kann bereits unter office@soziale-verteidigung (vor-)bestellt bzw. um eine Nachricht gebeten werden, wenn es online verfügbar ist.

- 1 Die Website von Nasch Dom: <https://nash-dom.info/>
- 2 Online-Landkarte der Bewertung von Abgeordneten: https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=zDiFs62Tznaw.kwG-3PR_JDh0. Rot = Kriterien nicht erfüllt, gelb = teilweise erfüllt (bis zu 6 der 10 Kriterien/Forderungen) und grün = die/der Abgeordnete arbeitet nach den 10 Kriterien es Monitorings. 3 Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies (IIEPS): <http://www.iieps.org/lang/en>
- 4 <https://www.youtube.com/user/NashDomTV>
- 5 <http://www.belaruspartisan.org/life/308913/>

Fachgespräch: Ziviles Peacekeeping
Ein Blick aus Wissenschaft und Praxis

Samstag, 10. Oktober 2015, Bonn, Haus Venusberg

10:30	Anreise
11:00	Begrüßung
11.15	Unarmed Civilian Peacekeeping – Introducing the Concept
	• Dr. Rachel Julian, Leeds
12.30	Nachfragen, Diskussion
13.15	Mittagspause
13.45	Experiences and Reflections
	• Mitglied einer militärischen Peacekeeping-Mission: Hauptmann a.D. Volker Lossner, Nideggen b. Aachen
	• Mitglied einer OSZE-Mission: N.N.
	• Nonviolent Peaceforce: Mel Duncan, Minneapolis (angefragt)
	• Ziviler Friedensdienst: Oliver Knabe, Bonn
15.45	Pause
16.00	Politische Anerkennung des Konzepts
	Beiträge zu den Vereinten Nationen und der Europäischen Union von
	• Rolf Carriere, Genf (früher UNICEF)
	• Alessandro Rossi, Brüssel
16.45	Aussprache und Folgerungen
17.00	Ende



Das Fachgespräch wird veranstaltet in Kooperation mit dem Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) und wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Bund) unterstützt. Es findet (überwiegend) in englischer Sprache statt.

Wir bitten um Anmeldung bis zum 27. September 2015 bei info@soziale-verteidigung.de, Tel. 0571 29456. Dabei bitte auch angeben, ob (Flüster-)Übersetzung benötigt wird.

Auch spätere Anmeldung oder spontanes Kommen sind möglich; wir können dann aber das Mittagessen nicht garantieren, weil wir es beim Haus voranmelden müssen.

Unkostenbeitrag: 15,- € inkl. Mittagessen (vegetarisch; andere Essenswünsche bitte anmelden); auf Anfrage Reduzierung möglich.

Das Fachgespräch ist gleichzeitig Treffen des Bundesausschusses des BSV.